

# Wirkliche Reformen oder nur PR-Stunts?

An Viola Amherd, der ersten Frau an der Spitze des Verteidigungsdepartements, scheiden sich die Geister von Sicherheitspolitikerinnen.

Henry Habegger

Adolf Ogi (1995 bis 2000), Samuel Schmid (2001 bis 2008), Ueli Maurer (2009 bis 2015), Guy Parmelin (2016 bis 2018). Einer nach dem anderen war angetreten, die Generäle zu zählen, das Primat der Politik durchzusetzen. Einer nach dem anderen trat irgendwann den geistigen Rückzug an, kapitulierte innerlich vor dem Koloss Militärverwaltung, der sich nicht wirklich bewegen liess.

Seit 2019 steht mit Viola Amherd (Die Mitte) erstmals eine Frau an der VBS-Spitze. Wird auch sie kapitulieren vor der Verwaltung, oder bekommt sie die mächtigen, mit Sternen dekorierten Herren unter Kontrolle? Kann sie die Armee modernisieren und wirklich weiblicher machen?

## «Viola Amherd wird sich durchsetzen»

An dieser Frage scheiden sich die Geister der Sicherheitspolitikerinnen. Ständerätin Andrea Gmür (Die Mitte, LU) glaubt an ihre Parteikollegin: «Sie hat frischen Schwung ins VBS gebracht. Sie führt klar, hat keine Angst vor heissen Eisen, geht Probleme direkt, offen und ohne Scheuklappen an. Diverse Altlasten konnte sie entfernen.» Amherd habe zweifellos den nötigen Elan, sich im VBS durchzusetzen: «Ich kenne sie nicht anders», sagt Gmür. «Sie wird sich hartnäckig charmant – oder umgekehrt – durchsetzen.»

Auf der Walliserin lasteten grosse Hoffnungen, als sie das VBS übernahm. Mittlerweile blieb sie vor Affären nicht verschont – so kaufte die Armee für riesige Summen teilweise unbrauchbare Schutzmasken ein. Dazu kämpft sie mit vielen Altlasten: bei der Ruag, den Duros, den Mörsern, den Drohnen, der Crypto-Affäre. Die Liste ist lang.



Erhält sehr unterschiedliche Noten: Viola Amherd.

Bild: Anthony Anex/Keystone (Bern, 4. November 2020)

«Ich möchte warnen, dass wir Frau Amherd nun einzig an der Maskenbeschaffung bemessen», sagt die Aargauer Nationalrätin Maja Riniker (FDP). Es bestehe die Gefahr, «dass wir durch die Covid-19-Krise den Blick auf die Herausforderungen verlieren, die durch die Departementschefin angestossen wurden». Sie nennt Beispiele: «Die Standortbestimmung über die Armee wird neu alle vier Jahre erfolgen, Schwerpunkte wurden gesetzt, die Mittel für hybride Bedrohungen werden erhöht, die gezielte Desinformation wird genauer verfolgt, Sicherung der Versorgungssicherheit, Stärkung der Armee und Zivilschutz für die nächsten Katastrophen und Notlagen.» Amherd packe «heikle Themen an,

hört allen Involvierten zu. Sie hakt nach, klärt, lässt Berichte erarbeiten und geht unangenehme Fragen ergebnisoffen an.»

Auch Andrea Gmür sagt: Unter Amherds Führung sei schon «viel Grundlagenarbeit vorgenommen worden, auf der künftig aufgebaut werden kann: Diverse Berichte wurden verfasst oder die Armeebotschaft mit mittel- bis langfristiger Planung erarbeitet.» Und eine Analyse zum Beschaffungsablauf sei in Umsetzung.

## «Sie lässt sich von Herren in Uniform formen»

Kritischer klingt es im linksgrünen Parteienspektrum. «Im Bereich Sport schaut sie hin und agiert. Im Bereich Verteidigung und Armee fehlen mir ihre Ar-

gusaugen», sagt Franziska Roth (SP, SO). «Sie lässt sich von den Herren in Uniform zu sehr formen und bekämpft Kritik aus dem Schützengraben, anstatt die Kritikerinnen an den runden Tisch zu holen.»

Wenig Positives sieht Marionna Schlatter-Schmid (Grüne, ZH): Immer weniger Menschen sähen den Sinn der Armee, was sich in der rückläufigen Anzahl Dienstwilliger zeige wie auch am knappen Ja bei der Kampfjet-Abstimmung. Diese Krise rühre daher, «dass es die Armee verpasst hat, ihr Profil zu erneuern und sich mit der veränderten Bedrohungslage weiterzuentwickeln», sagt Schlatter. Die heutigen Krisen seien ziviler Natur, etwa Pandemie und Klimakrise, und die Antwort der

«Amherd packt heikle Themen an, sie hört allen Involvierten zu.»



Maja Riniker  
Nationalrätin FDP, AG

«Klimaausschüsse und Frauenoffensive sind PR-Stunts ohne Tiefenwirkung.»



Marionna Schlatter-Schmid  
Nationalrätin Grüne, ZH

Armee darauf sei, «dass sie für Milliarden Rüstungsmaterial kaufe wie im Kalten Krieg».

Amherd folge der Militärführung, glaube Schlatter, sie arbeite an der Aussenwirkung: Die «Klimaausschüsse» und die «Frauenoffensive» seien «PR-Stunts ohne Tiefenwirkung». Die heissen Eisen packe die VBS-Chefin nicht an. «Das zeigt sich etwa auch bei den Beschaffungen: Ein Skandal nach dem anderen – und die vorgeschlagene Antwort des VBS ist, dass sie mit dem neuen Beschaffungskonzept dem Parlament weniger Mitsprache geben will?»

## «Kleider von Frauen und Solardächer»

Gnädiger urteilt SVP-Ständerat Werner Salzmann (BE). «Frau Amherd arbeitet weiterhin offen und transparent, hatte ja auch schon Erfolg damit: Die Kampfjetabstimmung wurde gewonnen, wenn auch knapp.»

Was er allerdings «weniger zielführend» finde, sagt Salzmann: «Es wird zu wenig priorisiert; das heisst, man redet zu wenig von den knappen Beständen und führt dafür Diskussionen über die Kleider von Frauen

und Solardächer auf Armeeliegenschaften. Da müsste Bundesrätin Amherd Prioritäten setzen, auch kommunikativ. Denn die Lage ist dramatisch, manchen Kommandanten fehlen schlicht die Truppen.»

An der Bestandsfrage arbeite Amherd sehr wohl, und zwar «mit der nötigen Offenheit und neuen Ideen», gibt Andrea Gmür zurück. Im Sommer erscheine ein Bericht, der Lösungen aufzeige.

An Amherd scheiden sich die Geister. Und die Frauenfrage illustriert, auf welchem Minenfeld sie operiert. Gewisse Männer meinten immer noch, Frauen könnten die Bevölkerung nicht schützen, sagt Maja Riniker. Nur: «Ohne mehr Frauen im Militär und Zivilschutz wird die Bestandssicherung nicht gelingen. Ein Cyberangriff kann von einer Frau oder einem Mann abgewehrt werden.»

Auch Franziska Roth sagt: «Die heutige Dienstpflicht ist veraltet. Ich finde es richtig, diese Diskussion zu führen, und die gute Stossrichtung von Bundesrätin Amherd zeigt, dass sie die alten Machtstrukturen aufbrechen will.»

## Norwegens Signal für China-Sanktionen

Das Nicht-EU-Land übernimmt die EU-Strafen gegen China. Die Schweiz zögert.

Die Volksrepublik China steht wegen massiver Menschenrechtsverletzungen in der Kritik. Doch zu Sanktionen gegen die zweitgrösste Volkswirtschaft der Welt mochte sich in Europa lange niemand durchringen.

Das hat sich nun geändert: Die Aussenminister der 27 EU-Mitgliedsstaaten beschlossen vergangene Woche Sanktionen gegen vier chinesische Funktionäre und ein staatlich kontrolliertes Unternehmen. Sie sollen für «schwere Menschenrechtsverletzungen» an der muslimischen Minderheit der Uiguren in der Provinz Xinjiang verantwortlich sein. Am Dienstag nun hat sich das Nicht-EU-Land Norwegen den Sanktionen der Union angeschlossen.

Mit kaum einem Land arbeitet die Schweiz ausserpolitisch und im Rahmen von internationalen Organisationen so

eng zusammen wie mit Norwegen. Die Entscheidung aus Oslo verleiht der Frage neue Dringlichkeit, wie sich die Eidgenossenschaft in Bezug auf die EU-Sanktionen verhalten soll.

## «Der Bundesrat muss nun rasch entscheiden»

Als Nicht-EU-Mitglied entscheidet die Schweiz autonom über die Übernahme von Sanktionen. In der Vergangenheit ist sie der EU oft gefolgt. Oder hat zumindest Massnahmen getroffen, um zu verhindern, dass von EU-Sanktionen betroffene Firmen oder Personen diese mit Hilfe der Schweiz umgehen können. Dies war etwa 2014 der Fall, als die EU wegen der Invasion der Halbinsel Krim Sanktionen gegen Russland ergriffen hatte.

Für den Zürcher SP-Nationalrat und Aussenpolitiker Fabian Molina ist mit Blick auf das

Signal aus Norwegen klar: «Der Bundesrat muss nun rasch entscheiden.» Ein Abseitsstehen der Schweiz wäre «absolut unverständlich und unverantwortlich». Ständerat Andrea Caroni (FDP/AR) ist gleicher Ansicht: «Angesichts der gravierenden Menschenrechtsverletzungen Chinas bin ich dafür, dass die Schweiz die Sanktionen übernimmt.» Das würde verhindern, dass die Sanktionen umgangen werden könnten.

Mitte-Nationalrätin Elisabeth Schneider-Schneiter (BL) verurteilt die Menschenrechtsverletzungen Chinas ebenfalls scharf. Sie ist aber gegen eine Übernahme der Sanktionen, die sie als «symbolisch und wenig zielführend» beschreibt. «Aber es braucht Massnahmen, die verhindern, dass die Schweiz zur Umgehung der Sanktionen genutzt werden kann.» Ein solches

Vorgehen entspreche den ausserpolitischen Grundsätzen und der Neutralität des Landes.

Der Bund hat vom Entscheid Norwegens Kenntnis genommen, teilt das zuständige Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) mit. Eine Übernahme der EU-Sanktionen werde derzeit «bundesintern diskutiert». Zum Zeitpunkt eines allfälligen Bundesratsentscheids macht das Seco keine Angaben. Ebenso wenig zur Frage, ob der Entscheid von der harschen Kritik des chinesischen Botschafters an der neuen China-Strategie des Bundesrats beeinflusst wird. Im Bericht zur Strategie hatte der Bundesrat mit Blick auf die Uiguren auf die sich verschlechterte Menschenrechtssituation hingewiesen. Pekings Botschafter kritisierte das als «Diffamierung Chinas».

Christoph Bernet

## Medtech-Streit: EU will eine Übergangslösung

Die EU pocht auf das Rahmenabkommen und droht, geltende bilaterale Verträge nicht mehr zu aktualisieren. Das gilt auch für das Abkommen über technische Handelshemmnisse im Bereich Medizinaltechnik, wo eine Aktualisierung Ende Mai ansteht. Jetzt soll die Drohung wahr werden: «Angesichts des Mangels an Fortschritt beim Rahmenabkommen kann das Abkommen nicht aktualisiert werden», so ein Sprecher der EU-Kommission. Damit würden Schweizer Medtech-Firmen beim EU-Marktzugang ab Ende Mai benachteiligt.

Weil sich Europa mit der Coronapandemie aber gerade in einer gesundheitlichen Notlage befindet, strebt Brüssel eine Übergangslösung an: Alle bereits zertifizierten Schweizer Produkte sollen bis maximal 2024 weiterhin ungehindert auf den EU-Markt kommen. Offensichtlich fürchtet man sich vor

einem Engpass bei Produkten, die dringend gebraucht werden. Die Übergangslösung gilt aber nicht für neu zugelassene Medizinprodukte. Diese müssten ab Ende Mai zusätzlich in der EU geprüft werden.

Es liegt nun am Bund, zu entscheiden, ob man das Angebot annehmen will. Der Bundesrat stelle sich bisher auf den Standpunkt, dass die EU das Abkommen grundsätzlich als Ganzes aktualisiert müsse und lehnt eine Verbindung mit dem Rahmenvertrag ab. Beim Branchenverband «Swiss Medtech» reagiert man verhalten optimistisch: «Es scheint, dass das Risiko eines Versorgungsengpasses Bewegung in die Gespräche bringt. Bevor wir sagen können, was die Ankündigung der EU-Kommission konkret bedeutet, müssen wir den genauen Wortlaut abwarten, dem die EU und die Schweiz zustimmen.» (rhe)